

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzke,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Juni 1918. Nr. 150.

Feierlichkeiten im Rathaus. Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute im Rathaus in der üblichen Weise eine Reihe von Ueberreichungen und Beeidigungen vor. Als erster wurde GR. Leopold Leitner, der bekanntlich als Schriftführer des Gemeinderates fungiert und welchem das taxfreie Bürgerrecht verliehen worden war beeidigt. Hiezu hatten sich eingefunden: die Vizebürgermeister Hierhammer, Hess und Rain, die StRe. Braun, Brauneiss, Dechant, Frass, Grünbeck, Dr. Haas, Dr. Hein Hohensinner, Hützel, Jung, Körber, Müller, kaiserlicher Rat Nemetz, kaiserlicher Rat Peyer, Regierungsrat Schmid, Baurat Schneider, Spalowsky und Tomola, die GRs. Breuer, Sektionschef Eglauer, Goldeband, Oberbaurat Grünbeck, Medizinalrat Dr. Löbenstein, Kommerzialrat Partik, Paulitschke, kaiserlicher Rat Philp, Rykl, Wiesinger und Domherr Wolny, kaiserlicher Rat Bezirksversteher Kretschek, kaiserlicher Rat Aichhorn für den Zentralverein der städtischen Knabenherde, die Obermagistratsräte Dr. Mayr und Dr. Winkler, die Magistratsräte Formanek und Heilingsetzer, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, etz. Zu den anderen Feierlichkeiten waren noch Bezirkschulinspektor Schulrat Schwalm, Magistratsrat Dr. Madjera, Magistratssekretär Paul, Branddirektor Jenisch, der Obmann des Verbandes der freiwilligen Feuerwehr Kantner u.a. erschienen.

Vorerst nahm der Bürgermeister die Beeidigung des BR. Leitner vor, wobei er ausführte: Im Jahre 1895 wurdest Du in den Gemeinderat entsendet und das Vertrauen Deiner Wähler ist Dir durch die ganzen Jahre treu geblieben. Mehr als 20 Jahre bist Du Deinen Pflichten unentwegt nachgekommen und warst wie meinem Vorgänger auch mir stets ein treuer Mitarbeiter. Die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes gründet sich auf Deine Verdienste im öffentlichen Leben und es würde wohl zu weit führen, wollte ich alle Kommissionen und Ausschüsse anführen, deren Mitglied Du warst, alle Aktionen der Gemeinde, bei denen Du eifrigst mitgewirkt hast. Seit die Obmänner-Konferenz besteht, warst Du dort der Vertreter unserer Partei und Du weißt, welch sorgenvolle Tage wir mitgemacht, wie sehr wir uns bemüht haben, im Interesse der Bevölkerung zu wirken, um die Unbilden des Krieges möglichst zu mildern, helfend und fördernd einzugreifen. Als treuer Sohn des deutschen Volkes bist Du immer mannhaft für deutsches Volkstum eingetreten und es wird Dir leicht sein, den Bürgereid abzugeben. Nach der Beeidigung wurde der Ausgezeichnete vom Bezirksvorsteher kaiserlichen Rat Kretschek namens der Bezirksvertretung, vom Gemeinderat Josef Grünbeck namens der Direktion der Hernalser Sparkasse, von StR. Grünbeck namens der Vertrauensmänner des 17. Bezirkes und vom GR. kaiserlichen Rat Philp namens der Schriftführer des Gemeinderates beglückwünscht, worauf der Ausgezeichnete seinen Dank für die schöne Feier zum Ausdruck brachte.

Nach der Beeidigung neu ernannter Bürger wurden Bürgerschuldirektor JzF. Jakob Freschern und Volksschullehrer i.P. Edmund Endres, denen das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war, vom Bürgermeister in Eid genommen und von Bezirksschulinspektor Schwalm, GR. Paulitschke und Ortschaftsrat-Obmann Hoff beglückwünscht.

Nach der Ueberreichung von Feuerwehrmedaillen an verdiente Feuerwehrleute überreichte der Bürgermeister der Wirtschafterin Marie Therese Fankl die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste, die sie bei der Wiener Familie Proschko verbracht hatte. Die Ausgezeichnete wurde auch noch von StR. Spalowsky und GR. Paulitschke beglückwünscht.

W i e n e r G e m e i n d e r a t
Sitzung am 13. Juni 1918.

Versitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:
In Erwiderung einer vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Regierung gerichteten Denkschrift über den Ausbau der Wasserstrassen richtet der Ministerpräsident ein Schreiben an den Bürgermeister, in dem ausgeführt wird, dass die Ueberprüfung des Detailprojektes für den Donau - Oderkanal wegen der weitgehenden Herabminderung der verfügbaren Arbeitskräfte bisher noch nicht zu Ende geführt werden konnte. Auch die Revision der Kostenvoranschläge könne nicht abgeschlossen werden, weil die Materialpreise und Arbeitslöhne ununterbrochen steigen. Die Projektierungsarbeiten für den Seiffahrtskanal vom Donau - Oder - Kanal zur mittleren Elbe (Prerau - Pardubitzer - Kanal) wurde im Jahre 1917 begonnen. Ferner wird die Frage studiert, ob der Donau - Oder - Kanal für Boote von 1000 Tonnen Tragfähigkeit (bisher 600 Tonnen projektiert) ausgestaltet werden soll. Abgesehen von der Notwendigkeit der Lösung dieser Vorfragen bestehen kaum überwindliche Hindernisse, um den Bau des Donau - Oder - Kanales noch während des Krieges in Angriff zu nehmen. Die Regierung sei sich der grossen Bedeutung der Wasserstrassenfrage für unser Reich voll bewusst. Sie müsse jedoch ihre endgültige Stellungnahme zu den einzelnen Wasserstrassenprojekten erst jenem hoffentlich nicht fernen Zeitpunkte vorbehalten, in welchem alle Vorfragen auf deren rascheste Klärstellung mit allem Nachdrucke hingewirkt wird, gelöst sein werden.

In Erwiderung einer vom GR. Schäffer in der letzten Sitzung gestellten Anfrage richtet der Statthalter eine Zuschrift an den Bürgermeister, in der es unter anderem heisst: Die Bahnhofrevisionen behufs Hintanhaltung des gemeinlichlichen Schleichhandelsverkehrs werden von der Bezirkshauptmannschaft nur fallweise, höchstens einmal wöchentlich angeordnet und von den Gendameriepostenkommanden und den Ernährungsaufsichtsorganen mit der grössten Nachsicht vorgenommen. Von einer Beschlagnahme geringfügiger, offensichtlich für den knappen persönlichen Bedarf dienender Mengen staatlich bewirtschafteter Lebensmittel wird abgesehen; nur grössere Mengen, die augenscheinlich dem Schleichhandel dienen, werden sichergestellt und für verfallen erklärt.

BGM- Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht über die von der Militärverwaltung bereits freigegebenen Schulen und erklärt, dass in der nächsten Zeit neuerliche Besprechungen zwischen der Militärverwaltung und der Gemeinde Wien stattfinden werden, bei welchen er die Forderungen der Gemeinde Wien um Freigabe der restlichen Schulen mit allem Nachdrucke vertreten werde.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat zum Ankauf von Brennstoffen für Mindestbemittelte 100.000 Kronen zur Verfügung gestellt.

Die Firma Rudolf Schmidt & Co. hat 5200 Kronen gespendet, darunter 1000 Kronen für Arme des 10. Bezirkes, 1000 Kronen für verarmte Geschäftsleute des 10. Bezirkes und 1000 Kronen für Erbauung von Soldatenheimen, ferner 10.000 Kronen für das Preyer'sche Kinderspital.

Goldkettenfabrikant Jakob Holzer spendet 300 Kronen zur Anschaffung von Holzsandalen für arme Kinder des 17. Bezirkes und für Ferienausflüge.

Bezirksvorsteher Kuhn spendet 150 Kronen für die Zöglinge des 4. städtischen Waisenhauses, Notar Dr. Guido Müller 100 Kronen für die Armen des 3. Bezirkes und Demolierungsunternehmer Valentin Köffel 100 Kronen für die Armen des 20. Bezirkes.

GR. Rotter fragt, ob der Bürgermeister die Verwendung nicht Deutscher oder nur in den Sprachen uns feindlicher Reiche verfasster Aufschriften in Wien verbieten wolle und ob er dem Gemeinderate eine Vorlage unerbreiten wolle, in der eine Besteuerung von fremdsprachigen Aufschriften beantragt ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Beseitigung der fremdsprachigen geschäftlichen Aufschriften nur im Gesetzwege möglich sei. Die Polizeidirektion, sowie die magistratischen Bezirksämter haben übrigens schon wiederholt auf die Beseitigung dieser Aufschriften hingewirkt.

Wenn wir auf die Beseitigung der fremdsprachigen Aufschriftentafeln hinarbeiten, so kann man wohl nicht die Frage der Besteuerung aufwerfen.

GR. Eglauer wünscht in einer Interpellation das Verbot des Befahrens des Fahrweges auf der Rampe vor der Karlskirche durch schwere Lastkraftwagen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat sowohl an das Militärkommando, als auch an die Polizeidirektion das Ersuchen gerichtet habe, die Benützung des bezeichneten Fahrweges zu verbieten, zumal ein zwingender Grund zur Benützung der Rampen durch Lastkraftwagen nicht besteht.

GR- Dr. Schwarz-Hiller stellt eine Anfrage über eine bessere Abfuhr des trockenen Strassen und Pferdemistes.

BGM- Dr. Weiskirchner zählt die Massnahmen auf, welche ergriffen wurden um eine Verbesserung der Strassensäuberung herbeizuführen, verweist aber auf die ausserordentlichen Schwierigkeiten, welche die Kriegsfolgen mit sich gebracht haben. Das Stadtbauamt biete alles auf, um die Klagen, welche über die Strassensäuberung laut werden, zu beheben, solange aber der Krieg dauert, werde es nicht möglich sein, gewisse Uebelstände zu beheben.

Die Gemeinderäte Wimberger und Schäffer besprechen in Interpellationen, die unhaltbaren Zustände, betreffend die Lebensmittelzuweisungen an die Wiener Gastwirte.

BGM. Dr. Weiskirchner bemerkt, dass die Zuweisungen an Rohmaterialien seitens der staatlichen Zentralstellen an die Gastwirte schon seit langen ihrem Küchenbedarfe nicht mehr entsprechen, weshalb auch den Anforderungen des Publikums in Gastwirtschaften nicht immer genügt werden kann. Die Gastwirtschaften ersten und zweiten Ranges, welche mit den Zuweisungen der staatlichen Zentralstellen nicht auslangen, decken sich um den Anforderungen ihrer Gäste entsprechen zu können, zu ganz ausserordentlich hohen Preisen und dazu meistens noch im Schleichhandel ein, wodurch die Preise für die zur Verabreichung kommenden Speisen selbstverständlich eine ganz wesentliche Erhöhung erfahren müssen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller stellt eine Interpellation in welcher die Bereitstellung der Stundenhotels für den Fremdenverkehr gefordert wird.

BGM. Dr. Weiskirchner erklärt dass diesbezüglich bereits Verhandlungen stattfinden und ihr Ergebnis lasse erwarten, dass die Stundenhotels unter Mitwirkung der Polizeibehörde in stärkerer Masse für die Fremdenherbergung und für die Transanalbequartierung herangezogen werden.

GR. Altmayer fragt, was der Bürgermeister gegen die Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien zu tun gedenke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass beim Magistrat über diesen Gegenstand noch nichts anhängig sei. Er werde die Angelegenheit mit Aufmerksamkeit verfolgen und wenn Schritte zur Verwirklichung des Entwurfes unternommen werden sollten, dem Gemeinderate Gelegenheit geben hiezu Stellung zu nehmen.

GR. Kubacsek wünscht die endliche Erledigung des Entwurfes für eine neue Bauordnung für Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass Besprechungen zwischen Vertretern des Arbeitsministerium und der Gemeinde Wien eingeleitet wurden um eine Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten dieser beiden Korporationen anzubahnen. Es sei bisher nicht möglich gewesen, die Verhandlungen mit der wünschenswerten Raschheit zu fördern. Es werde jedoch in absehbarer Zeit möglich sein, dass der Ausschuss über die notwendigen Abänderungen beraten und beschliessen und sodann der Gemeinderat über den abgeänderten Entwurf seine Beratung fortsetzen kann.

Eine Fortsetzung der Beratung, wäre nur dann empfehlenswert, wenn ein sanktionsfähiger Entwurf vorgelegt wird, wenn die Regierung die Sanktion verweigert, dann müsse der Wiener Gemeinderat die Beratungen von vorne beginnen.

GR. Dr. von Schwarz Hiller fragt, welche Massnahmen der Magistrat zum Schutze der Wiener Bevöhrung gegen die Gefährdung durch tolle Hunde getroffen hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist auf die am 9. d.M. in den Wiener Tageszeitungen erschienene amtliche Verlautbarung und bemerkt, dass seit Sonntag, kein neuer Hundswulfall festgestellt wurde. Bei den stark vermehrten Hundestreifungen habe der Wasenmeister bis heute verhältnismässig wenig Hunde eingefangen, ein Zeichen, dass die Hundebesitzer sich im allgemeinen an die neuen Anordnungen halten.

Ich hoffe von Disziplin der Wiener Bevölkerung, dass sie alles aufbietet, durch ihre Mitwirkung den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Die Hundebesitzer mögen überzeugt sein, dass die Belästigung durch den Leinenzwang erträglicher ist, als die Verbreitung dieser qualvollen und furchtbaren Krankheit.

GR- Dr- von Schwarz Hiller fragt, in welchem Stadium sich die Angelegenheit betreffend die Uebernahme von zwei Kriegspitälern durch die Gemeinde Wien für Zivilzwecke sich gegenwärtig befindet.

BGM- Dr-Weiskirchner verweist auf den Antrag betreffend Steinklamm, der auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht ein Beweis, dass die künftige Verwertung der Flüchtlingsfürsorge einrichtung ins Rollen gekommen ist. Im Zusammenhang hiemit dürfte auch die von der Gemeinde angestrebte Freigabe der Kriegspitälern eins und zwei für die Zivilverwaltung gleichfalls in Bälde der wünschenswerten Lösung zugeführt werden. Der Bürgermeister verspricht, dass er diese Angelegenheit mit derselben Konsequenz wie bisher weiterführen werde.

GR. Kunschak führt in einer Interpellation aus, dass unter den vielen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung die Eierbeschaffung eine der unangenehmsten sei und dies in einem Zeitpunkte, in welchem die Eierproduktion ihren Höchststand aufweist. Ausserdem hege er nach seinen Erfahrungen lebhafteste Zweifel, ob eine ausreichende Bevorrätigung mit Eiern geleistet werden könne. Ein zweites Faktum, dass den lebhaftesten Unwillen der Bevölkerung fortgesetzt hervorrufe, bilde die Belieferung der „Rohö“ mit solchen Mengen Eiern, dass sie nicht nur ihre Mitglieder reichlich versorgen, sondern auch noch an vornehme Kaffees und Restaurants Eier abgeben kann.

Der Bürgermeister verweist in seiner Beantwortung auf die Zustände in der Eierbelieferung, welche wir an anderer Stelle darstellen.

GR. Wimmerer fragt, ob der Bürgermeister alles veranlassen wolle, damit den Wiener Wirten und Hoteliers wenigstens ein Teil der Schweine Kälber und Erdäpfel für ihre Betriebe zugewiesen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass nach den vom Volksernährungsamte getroffenen Anordnungen die städtische Schweineübernahmsstelle sämtliche nach Wien von Ländern ausserhalb Oesterreichs einlangende Schweine nur an unmittelbare Verbraucher abgeben darf. Die Belieferung des Wiener Marktes mit Kälbern ist so zurückgegangen, dass seit Wochen nicht einmal mehr der Bedarf der Wiener Spitäler gedeckt werden kann. Infolge des andauernden Kartoffelmangels sei auch die Abgabe dieser Ware an die Gastwirte und Hoteliers derzeit nicht möglich und werde erst wieder einsetzen können, wenn die Zuschübe an Frühkartoffeln eine entsprechende Höhe erreicht haben.

GR. Dr. Hein ersucht den Bürgermeister in einer Interpellation bei der Direktion der vom Staate subventionierten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zugunsten einer durchgreifenden Verbesserung des Verkehrs im Donau-Kanal zu intervenieren und über das Ergebnis seiner Intervention dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Der Bürgermeister erwidert, dass sich die städtischen Ämter bereits seit einiger Zeit mit der Frage der Belegung des Verkehrs im Wiener Donau-Kanale beschäftigen, dass aber die Studien des Stadtbau-Amtes noch nicht abgeschlossen seien. Der Magistrat werde jedenfalls die Sache betreiben, damit die Angelegenheit ehestens dem Stadtrate unterbreitet werden kann.

GR. Körber interpelliert wegen der Verwüstungen der Parkanlage am Sterneckplatz im II. Bezirke.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Interpellation voll auf gerechtfertigt sei, denn die Beschädigungen in den öffentlichen Gartenanlagen haben während des Krieges bedauerlicherweise enorm zugenommen. Es werde alles getan, um dem Treiben der Leute möglichst entgegenzutreten und er appelliere von dieser Stelle auch an die Lehrer und Lehrerinnen, dass sie in der Schule auf die Kinder einwirken, damit auch diese, die einen grossen Teil der Verwüstungen verursachen, die Parkanlagen nach Möglichkeit schonen.

GR. Dr. Hein verweist in einer eingehend begründeten Interpellation auf die Verzögerung der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Russland und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die Forderungen des Verbandes der Hilfsgruppen von Angehörigen der Kriegsgefangenen bei den zustimmenden Behörden zu unterstützen.

Der Bürgermeister erwidert, dass er sich in dieser Angelegenheit an Exzellenz Freiherrn von Slatin als dem Präsidenten der Centrale der Fürsorge für Kriegsgefangene wenden und dem Gemeinderate über das Ergebnis seiner Bemühungen berichten werde.

GR. Roth interpelliert ebenfalls wegen der Rückstellung von Schulgebäuden; der Bürgermeister erwidert, dass diese Interpellation bereits durch seine Mitteilungen am Beginne der Sitzung erledigt sei.

GR- Schimek befragt den Magistrat zu beauftragen, baldmöglichst geeignete Vorschläge zu machen, dass der Holzkohlenan- und Verkauf im Einvernehmen mit den interessierten Genossenschaften und den städtischen Unternehmungen, dem bereits bestehenden Wirtschaftsamte für Kohlen oder deren städtischen Kohlenverkauf angegliedert werde.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Regierungsrat Schmid legt das Uebereinkommen mit der Staatsverwaltung betreffend den Bau der Laboratorien der technischen Hochschule im Dritten Bezirke vor. Er begründet dasselbe eingehend und erklärt, der Gemeinderat werde sich ein Verdienst erwerben, wenn er mithilfe, dass endlich einmal die Zustände an der Technik der Reichshaupt- und Residenzstadt würdig werden.

GR- Kunschak: Es ist selbstverständlich, dass das Referat die Zustimmung des Gemeinderates in seiner Gänze finden kann und dass dankbarst anerkannt wird, die Müheverwaltung des Bürgermeisters, welcher in erster Linie der Erfolg zuzuschreiben ist, und in zweiter Linie der Wiener Industrie und nicht zuletzt der Tätigkeit der Beamtenschaft des Magistrates. Dennoch muss aber Folgendes gesagt werden-

den- Je höher wir das Verdienst der Gemeinde anschlagen, umso schärfer tritt die zweite Tatsache in Erscheinung. dass es sich hier um ein Pflichtversäumnis um nicht zu sagen eine Pflichtvergessenheit der staatlichen Verwaltung handelt, und andererseits gelangt die überaus mangelhafte Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Wien zum Ausdruck. Ich habe schon in einer Interpellation an den Bürgermeister darauf hingewiesen, dass in einer Zeit, wo auf den Märkten um einige Eier wahre Kämpfe stattfinden, einer privaten Vereinigung, deren Konfessionellen Charakter ich hier gar nicht in den Vordergrund schieben will, Eier in solchen Mengen zur Verfügung gestellt werden und dass damit nicht nur dem Bedürfnisse der Mitglieder Rechnung getragen werden kann, sondern dass daraus auch Gast und Kaffeehäuser bedacht werden können. Von der Antwort des Bürgermeisters möchte ich wünschen, dass sie in ganz Wien plakatiert wird. Das Armeekorps Oberkommando hat der Rohö zwei oder 3 Bezirke in russisch Polen zur Verfügung gestellt und auf dem Boden auf dem sich das christliche Volk verblutet hat, wird nur der Erfolg von einer privaten Gesellschaft geerntet. Während die Angehörigen der Wiener Soldaten in den Schützengräbern täglich dem Tode ins Auge sehen, weiss dieses Armeekorps oberkommando nichts anderes zu tun, und hält es mit dem Dank an diese Helden für vereinbar, einer privaten Organisation im Uebermasse die von der übrigen Bevölkerung so gesuchten Eier zu verschaffen. (Rufe Skandal !) Die Wünsche der Gemeinde Wien lässt man ganz unberücksichtigt aber die Quelle, aus der eine jüdische Frauenorganisation schöpft, muss ungeschwächt weiterhin aufrecht erhalten werden. Kein Wort ist da scharf genug, auch nicht ein Wort, das einen mit dem Gesetz in Konflikt bringen würde (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) Und diesem Verhalten würdig zur Seite steht das Verhalten betreffend die Technik. Diese befindet sich in einem Zustande, der beschämend für die Unterrichtsverwaltung ist, beschämend aber auch gegenüber dem Auslande. Die Staatsverwaltung hat nichts getan, womit der hohe patriotische Sinn der Wiener Bevölkerung Anerkennung gefunden hätte und in allen Dingen, welche die Stadt Wien betreffen, begegnen wir stets zunächst der schärfsten Ablehnung und dann beginnt ein Feilschen, das eher der Judengasse würdig wäre, als der Regierung. Der Redner anerkennt die Vorzüge des vorliegenden Projektes, dankt dem Referenten und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die neuen Institute möglichst bald erstehen mögen. An der Front des Gebäudes möge man eine Erinnerungstafel anbringen, schliesst Redner für die erfolgende Inschrift vor: „Ein Denkmal grosszügiger Schulpolitik der Gemeinde Wien und der Wiener Industriellen zum Gedächtnisse an die Schicklichkeit der Staatsverwaltung“ (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Klauy: Die Stadt Wien hat noch dazu in einer Zeit ihrer härtesten Bedrängnis durch die schweren Fehler und Unzulänglichkeiten einer stets danebentreffenden ehmächtigen Verwaltung eine rettende Tat von grösster Tragweite vollbracht. In Zielbewusstsein grosszügiger Weise hat die Stadt Wien den Wert einer blühenden heimischen Technik für die Zukunft unserer Stadt erkannt und im Vereine mit dem Grosskapital unserer Industrie hat es die technische Wissenschaft gefördert im Gegensatz zur finanziellen Staatsverwaltung, welche stets als

Hemmschuh aufgetreten ist, weander Weg in der kulturellen Entwicklung Oesterreichs aufwärts geführt hätte. Wegen weniger Millionen hat man uns uneinbringliche Jahre des Rückstandes unserer Hochschulen aufgebürdet. Durch die nationale Politik musste das wenige, was wir für geistige Entwicklung erhalten konnten zersplittert und wertlos zerteilt werden nach Ländern und Nationen. Unsere Grosstadt wurde zum Grosstadtersatz. Unsere Jugend muss nach Deutschland gehen, wenn sie modernste Ausbildung erhalten will, unsere Lehrer müssen ihre wissenschaftliche Betätigung zurückstellen, weil man ihnen die notwendigen Hilfskräfte verweigert. Was die Stadt Wien nunmehr getan hat, ist eine unerschätzbare Hilfe aber auch ein grosses freiwilliges Opfer zu Gunsten der Staatsverwaltung.

Der Redner wünscht, dass diese Tat nicht zum Präjudiz für die vielen anderen Vernachlässigungen der Stadt Wien durch die Staatsverwaltung wird. Der Redner spricht zum Schlusse neuerlich dem Bürgermeister den besten Dank für seine Bemühungen aus. (Lebhafter Beifall).

StR. Schmid berichtet über die Festsetzung der Fahrpreise für die Autobuslinie Pötzleinsdorf Salmansdorf. Die Referenten anträge werden genehmigt.

StR. Schmid berichtet sodann über den Beitritt der Gemeinde Wien zur Wiener Gemüse und Obst - Uebernahme- und Verteilungsstelle.

StR. Herold begrüsst es, dass auf dem Gebiete der Approvisionierung endlich die Selbsthilfe ins Werk treten solle und wünscht, dass in die neue Organisation nur Fachleute hinein kommen mögen.

GR. Prof. Goltz begrüsst das vorliegende Referat im Namen seiner Gruppe auf das Beste, nachdem es gelungen sei, Konsumenten, Händler und Erzeuger in einen Interessenkreis zu vereinigen. Dadurch könne vielleicht den argen Misbräuchen, die im Verjahre durch die Gees und ihre Syndikate platzgegriffen haben, gesteuert werden. Wenn alle Centralen auf dieser Grundlage eingerichtet werden wären, hätte man nichts gegen sie einwenden können.

III

GR. Angeli begrüsst ebenfalls die Gründung der Gesellschaft weil die Gemeinde Wien in derselben mitzureden habe und auch die Konsumenten zu Werte kommen können. Es sei anzunehmen, dass dadurch auch der Abbau der Zentralen erfolgen könne. die in der Art, wie sie in Oesterreich geschaffen werden seien der Bevölkerung zum Fluch geworden seien.

GR. Dr. Hein spricht sich ebenfalls für die Neuschaffung aus, weil seine Partei seit jeher gegen die Misstände bei den Zentralen aufgetreten seien und insbesondere gegen die Ausschaltung des legitimen Handels jederzeit Stellung genommen habe. Leider komme aus Ungarn die Nachricht, dass dort Transportscheine eingeführt würden, das wäre nahezu gleichbedeutend mit einem Ausfuhrverbot und man müsse deshalb entschiedenst dagegen protestieren, dass Ungarn, das uns im Frieden versorgt und sehr gerne versorgt hat, uns jetzt im Kriege im Stiche lässt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Antrag des Referenten angenommen.

VBGM. Hierhammer beantragt folgendes: Die Gemeinde stellt an die Regierung das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, dass bei der bevorstehenden Festsetzung von Richtpreisen für Werk- und Nutzholz jede vermeidbare Belastung der Verbraucher hintangehalten werde. Insbesondere wäre bei Festsetzung der Richtpreise für Nutzholz zu berücksichtigen-, dass für Holz am Stamm selbst, wesentliche Veränderungen der Gesteungskosten nicht stattgefunden haben. Die Gemeinde erachtet es auch als unbedingt erforderlich, dass bei ungerechtfertigten Ueberschreitungen der Richtpreise gegen die Schuldigen mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln eingeschritten werde. Bei diesem Anlasse verweist die Gemeinde Wien insbesondere darauf, dass durch die Wohnungsnot die Verwendung von Werkholz zu Wohnbauten im grossen Umfange nötig gemacht werden wird, und dass schon deshalb der Festsetzung entsprechender Holzpreise eine erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

GR. Biber vergleicht den Antrag mit den Anträgen der letzten Tagesordnung und wendet sich vor allem dagegen, dass die Gemeinde für höhere Preise eintrete.

Er bemerkt, dass die Holzpreise, die bei Beginn des Krieges 40 bis 50 Kronen betragen, allmählich auf 80 Kronen stiegen und dann plötzlich 150 bis 100 Kronen. Nach der Preistreiberlieferung wurden um diese zuumgehen, Richtpreise erfunden aber auch diese Richtpreise werden um 100 bis 200 % übertreten. Dabei sei noch eine neue Einführung dazugekommen, welche in Friedenszeiten als verückt bezeichnet werden wäre, die Abnahme des Holzes ab jeder Station zu ein und denselben Preisen. Dadurch wurde der Baugewebetreibende der schrankenlosen Willkür des Handels ausgeliefert. Es sei zu befürchten, dass diese Isenzen auch nach dem Krieg fortgezogen werden. Redner hätte gewünscht, dass das Holz ebenso wie die Kohle der Zwangsbirtschaft unterworfen werde. Der Redner schliesst sich den Anträgen des Referenten in der Hauptsache an und stellt im Sinne seiner Ausführungen mehrere Zusatz- resp. Abänderungsanträge.

GR. Lohner erklärt: Wir leiden in Oesterreich nicht nur unter der Begehrlichkeit unserer Holzgrossproduzenten, sondern die Wechselbeziehungen zu Ungarn sind auch auf diesem Gebiete so kolossal, dass die Frage einseitig absolut nicht gelöst ist. Es ist daher von grösster Wichtigkeit uns zu einem tatsächlichen Schutz der Vertrauensher zu kommen, dass sich in der Holzfrage die österreichische Regierung mit der ungarischen Regierung ins Einvernehmen setzt. Redner stimmt den Ausführungen des Referenten und des GR. Biber im Prinzip zu und bittet, dass die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Ungarn in geeigneter Form auch in der Entschliessung zum Ausdruck kommt.

VB. Hierhammer empfiehlt in seinem Schlussworte die Abänderungsanträge des GR. Biber zur Annahme und werden hierauf der Stadtratsantrag und die Anträge des GR. Biber angenommen.

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer widmet die Stadt Wien zur Linderung der momentanen Notlage der durch die Brandkatastrophe in Stambul heimgesuchten Bewohner einen Betrag von 10.000 Kronen.

Nach einem Berichte des VB. Hoss werden die Vorschüsse auf den Anschaffungsbeitrag der aktiven und pensionierten Lehrpersonen aus etwaigen staatlichen Zuwendungen gegen den bewilligt, dass im Falle eines staatlichen Beitrages der Gemeinde der gewährte Vorschuss vom Staate direkt zurückzuzahlen ist.

StR. Dr. Haas legt die bekannten Anträge auf Uebernahme des Barackenlagers Steinklamm zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes vor.

GR. Angermayer stellt den Antrag, dass bei der Errichtung der Barackenanlage ein entsprechende Anzahl von Betten für chirurgisch Tuberkulose aufgestellt werde.

Medizinalrat Dr. Loewenstein stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat spricht sich prinzipiell wegen der Uebernahme des Barackenlagers zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes für leichte Formen an Tuberkulose aus. Der Magistrat wird beauftragt, notwendige Verhandlungen sofort einzuleiten und nach deren Abschluss dem Gemeinderate unter Zugrundelegung des Kostenanschlages und einer baulichen Skizze einen Bericht vorzulegen. Zur Unterbringung von 200 Männern und 150 Frauen wird zunächst das Marinelager auf die Dauer eines Jahres übernommen und für die Adoptierung ein Betrag von 100.000 Kronen bewilligt.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller bringt verschiedene Wünsche namentlich nach rascherer Vermehrung des Belegraumes umfassendere Vorsorge für den Mittelstand etc. vor und sagt über die Kosten mache ich mir kein Kopfzerbrechen, denn wenn man Millioarden für diesen Menschenwahnsinn, wie es der Krieg ist hat, da muss man mindestens ebensoviele Millionen für die Tuberkulose haben.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden dessen Anträge genehmigt und die Anträge Angermayer und Loewenstein dem Stadtrate zugewiesen.

GR. Dr. Stich beantragt die Bestellung eines Baurechtes zur Erbauung der schwedischen Holzhäuser.

Hiezu spricht als erster Redner GR. Professor Goltz.

GR. Goltz glaub , dass die Versuche mit schwedischen Holzhäusern in Wien kein befriedigendes Ergebnis haben werden . Er wünscht die rascheste Lösung aller Fragen, die geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsnot herbeizuführen.

GR. DR. Schwarz-Hiller hält den Zeitraum von 45 Jahren für die Bestellung des Baurechtes zu lange. Vielleicht könnte ein Passus in die Anträge hineingenommen werden, dass das Baurecht, schon früher abgelöst werden kann.

Es sprachen dann noch die Gemeinderäte Bretschneider und Biber worauf der Referentenantrag genehmigt wird.

BTR. Tomola berichtet berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die Bestrebungen zur Errichtung eines südslawischen Staates.

GR. Bretschneider erklärt namens seiner Partei dass es nicht notwendig sei, dass der Gemeinderat von Wien ohne Not mit nationalen Fragen befasst wird. Der Antrag Tomola behandle eine Reihe der grössten Fragen in einem Atem. Ueber das deutsche Bündnis und über die Nautische Schule in Triest solle in einem Beschlusse ein Urteil gefällt werden. Diese Fragen zu entscheiden sei der Reichsrat zuständig- Die Regierung machte dies aber unmöglich indem sie um sich selbst zu erhalten das Parlament nicht einberuft und wenn der Gemeinderat sich schon mit politischen Fragen beassen soll, so müsse sein erstes Wort der entschiedenste Protest gegen die Vertagung des Parlamentes sein.

BGM. Dr. Weiskirchner : Sehr richtig, das müssen wir aber auch erst abwarten und dann werden auch wir dagegen protestieren.

GR. Bretschneider fortfahrend : Wir Sozialdemokraten erklären, dass wir für die Verwandlung Oesterreichs in einem Bundestaat autonomer Nationen anstreben. Wir sind überzeugt, dass die Gewährung der Autonomie an alle Nationen den Interessen Wiens nicht widerstreite. Wir protestieren dagegen, dass eine Gemeinderatsmehrheit von Privilegien-Wahlrechts-Gnaden sich anmasst, im Namen des Wiener Volkes politische Urteile zu fällen. Der Gemeinderat hat erst dann dazu ein Recht, wenn er auf Grund eines demokratischen Wahlrechtes gewählt sein wird. Wir werden daher an der Beschlussfassung an diesem Antrage nicht teilnehmen.

Der Rederent führt in seinem Schlussworte aus: Wenn jemals aus der Seele des Volkes heraus gesprochen wurde, so geschieht es in dieser Resolution. Ueber dessen Gegenstand heute imdeutschen Wien nur eine Stimme herrsch. Wenn die Sozialdemokraten dagegen sind, so erniedrigen sie nur den Gemeinderat, indem sie ihm das Petitionsrecht nehmen wollen. In dem Antrage wird mit keinem Worte gesagt, dass die jetzt bestehenden Verhältnisse in Oesterreich die idealen seien, es wird bloss dagegen protestiert, dass das deutsche Volk in Oesterreich durch die Bestrebungen des südslaven und Tschechen in unerhörter Weise mundtot gemacht und politisch vollständig negiert werden soll. (Lebhaftige Zustimmung).

DerVorsitzende VB. Hierhammer lässt die Abstimmung durch Erheben von den Sitzen vornehmen. Die Majorität erhebt sich geschlossen unter stürmischen Beifall.

Vörsitzender : Der Antrag ist angenommen.

Stürmische Zwischenrufe bei der Majorität: Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der deutschen Liberalen! Die Liberalen haben sich hinter den Bänken versteckt.

Unter lebhafter Bewegung wird die Sitzung geschlossen.